

Zeitschrift: Reihe Kriminologie / Schweizerische Arbeitsgruppe für Kriminologie = Collection criminologie / Groupe suisse de travail de criminologie
Herausgeber: Schweizerische Arbeitsgruppe für Kriminologie
Band: 19 (2001)

Artikel: Die Funktion der Medien im demokratischen Staat aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht
Autor: Blum, Roger
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1051161>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROGER BLUM

DIE FUNKTION DER MEDIEN IM DEMOKRATISCHEN STAAT AUS KOMMUNIKATIONSWISSENSCHAFTLICHER SICHT

Der Kassationshof des Bundesgerichtes hat am 5. Dezember 2000 den Fall Martin Stoll gegen das Statthalteramt des Bezirks Zürich und gegen das Obergericht des Kantons Zürich beraten. Es ging um die vier Jahre zurückliegende Veröffentlichung des vertraulichen Strategiepapiers des damaligen Schweizer Botschafters in den USA, Carlo Jagmetti, durch die «SonntagsZeitung». Das Bundesgericht hielt in seinem Entscheid, der die Urteile der Vorinstanzen bestätigte, unter anderem fest: «Die Wahrung der Vertraulichkeit des Strategiepapiers lag nicht nur im Interesse des Botschafters und des Bundesrates, sondern im Landesinteresse. Durch die Veröffentlichung einzelner Passagen konnten sowohl der Prozess der Meinungsbildung und Entscheidfindung auf der schweizerischen Seite gestört als auch vor allem die ohnehin schwierigen Verhandlungen mit der Gegenseite zusätzlich erschwert und belastet werden, was nicht im Landesinteresse lag».¹

Fast vier Jahre zuvor hatte sich auch der Schweizer Presserat mit diesem Fall befasst und in seiner Stellungnahme festgehalten: «Auch die schweizerischen Behörden werden lernen müssen, mit einer Situation umzugehen, in der die Aussenpolitik genau so wenig von den Massenmedien abgeschirmt werden kann wie die Innenpolitik, und in der Enthüllungen nicht nur durch schweizerische, sondern auch durch ausländische Massenmedien jederzeit möglich sind. Eine

1 Urteil des schweizerischen Bundesgerichts 6S.425/2000/hev in Sachen Martin Stoll gegen Statthalteramt des Bezirks Zürich betreffend Veröffentlichung amtlicher geheimer Verhandlungen (Art. 293 StGB); Sitzung des Kassationshofes vom 5. Dezember 2000.

Konzeption, die das öffentliche Interesse zu rigid der Vertraulichkeit unterordnet, ist weder realistisch noch gerechtfertigt, zumal diplomatische Berichte regelmässig an sehr viele Verwaltungsstellen verteilt werden. Die Enthüllungen der «SonntagsZeitung» und des «Tages-Anzeigers» haben die schweizerische Aussenpolitik zweifellos in Verlegenheit und in Schwierigkeiten gebracht, aber den Spielraum nicht empfindlich eingeengt. Diplomatische Berichte sind mit Recht vertraulich, aber wenn die Kriterien für die Publikation vertraulicher Berichte erfüllt sind, hat die Pressefreiheit Vorrang.»²

Klassische Medien-Modelle

Was also geht für die Medien vor: das Landesinteresse oder das Publikumsinteresse? Die beiden Institutionen, das Bundesgericht und der Presserat, situierten die Medien in ihrer Funktion im demokratischen Staat unterschiedlich. Wie sieht diese Funktion aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht aus? Den Versuch, die Medien in ihrem Verhältnis zum Staat zu definieren, unternahmen erstmals die drei amerikanischen Autoren FRED SIEBERT, THEODORE PETERSON UND WILBUR SCHRAMM in den fünfziger Jahren mit ihrem Buch «Four Theories of the Press»³. Darin stellten sie vier Medienmodelle vor. Der in Amsterdam lehrende Ire DENIS MCQUAIL hat dann in den achtziger Jahren noch zwei weitere Modelle hinzugefügt.⁴ Im wesentlichen lassen sich die sechs Modelle wie folgt charakterisieren:

- *Das Autoritarismus-Modell* geht zurück auf den Absolutismus. Die Medien dienen dem Staat und beziehen von ihm ihre Lizenz. Der Inhalt der Medien wird censuriert. Kritik an der eigenen Regierung wird nicht toleriert.

2 Stellungnahme 1/97 des Presserates vom 4. März 1997 in: Presserat (1998): Stellungnahmen 1997, Freiburg: SVJ; S. 25–26.

3 SIEBERT, FRED/PETERSON, THEODORE/SCHRAMM, WILBUR (1956): Four Theories of the Press. Urbana: University of Illinois Press.

4 MCQUAIL, DENIS (1983): Mass Communication Theory. An Introduction. London: Sage.

- *Das Liberalismus-Modell* stützt sich auf die Ideen der Aufklärung und profitiert von der Pressefreiheit. Die Öffentlichkeit ist ein «Marktplatz der Wahrheit», die Medien funktionieren nach den Regeln des Kommerz und kritisieren, ja kontrollieren die Regierung.
- *Das Totalitarismus-Modell* wurde vor allem am Kommunismus festgemacht und basiert in diesem Fall auf der Pressetheorie Lenins: Die Medien müssen zum Erfolg des Systems beitragen und die Gesellschaft im Sinne der Partei erziehen.
- *Das Sozialverantwortungs-Modell* entstand in den USA nach dem Zweiten Weltkrieg. Es rekurriert auf die Berufsethik der Medienschaffenden und auf Qualitätsstandards. Es auferlegt den Medien die Pflicht zur sozialen Verantwortung unter Androhung von Staatseingriffen.
- *Das Modell der Entwicklungsländer* schliesst stark an das alte Autoritarismus-Modell an: Die Medien sollen sich nationalen Zielen unterordnen und die ökonomische Entwicklung fördern helfen. Im Interesse dieser Ziele können die Medien der Repression und Zensur des Staates unterworfen werden.
- *Das Modell der demokratischen Partizipation* schliesslich stellt die Zugangs- und Kommunikationsrechte des Publikums in den Vordergrund und richtet sich sowohl gegen einen mächtigen Staat als auch gegen einen mächtigen Markt, scheiterte aber bisher stets an den Realitäten.

Neue Medien-Modelle für die Demokratie

In modernen Demokratien westlichen Zuschnitts gilt heute ein Liberalismus-Modell mit mehr oder weniger starken Sozialverant-

wortungs-Komponenten. Dabei sind vor allem vier Varianten zu unterscheiden⁵:

1. Länder mit beträchtlicher Sozialverantwortung sowohl im Radio- und Fernsehbereich wie im Printbereich und mit einer konkordanten journalistischen Kultur: Dazu zählen Länder, die stark vom Service public-Gedanken ausgehen und deren Mediensysteme eher auf Harmonie als auf Konflikt aus sind, nämlich die Schweiz und – ähnlich – Japan (Liberal-konkordantes Service public-Modell).
2. Länder mit beträchtlicher Sozialverantwortung sowohl im Radio- und Fernsehbereich wie im Printbereich, aber mit einer ambivalenten Medienkultur (zwischen aggressivem und konkordantem Verhalten): Dazu zählen beispielsweise Deutschland und Frankreich (Liberal-ambivalentes Service public-Modell).
3. Länder mit beträchtlicher Sozialverantwortung im Radio- und Fernsehbereich, aber mit weniger ethischen Prinzipien im Printbereich (oder genau umgekehrt) und mit einer ambivalenten Medienkultur: Dazu zählen Länder mit dominanten öffentlich-rechtlichen Sendern, aber mit einer lautstarken Boulevardpresse wie Grossbritannien und Österreich, und Länder mit hochstehenden Printmedien und einem Boulevardfernsehen wie Italien (Liberal-ambivalentes Misch-Modell).
4. Länder mit klar kommerzorientierten Medien in allen Bereichen und wenig sozialverantwortlichen Verpflichtungen und mit einer eindeutig investigativen Medienkultur: Dazu zählen Länder mit durchgehend privaten, ganz aus dem Markt finanzierten Medien wie beispielsweise die USA (Liberal-investigatives Kommerz-Modell).

5 Diese Modelle folgen dem Ansatz des Autors, vorläufig publiziert in BLUM, ROGER (2001): Mediensysteme. Skript zur Vorlesung. Bern: Institut für Medienwissenschaft, S. 18–24.

Systemtheoretische und demokratietheoretische Ansätze

Gibt es aber, unabhängig vom Grad des Service public und der Sozialverantwortung, übergreifende, für alle Demokratien gültige Funktionen der Medien im demokratischen Staat? Die Ansätze, die in der Kommunikationswissenschaft für eine solche Funktionsbestimmung herangezogen werden, sind die Systemtheorie und die Demokratietheorie. Systemtheoretische Begründungen der Medienleistungen haben in den USA HAROLD D. LASSWELL UND CHARLES R. WRIGHT, im deutschen Sprachraum NIKLAS LUHMANN, MANFRED RÜHL und ULRICH SAXER geliefert. Lasswell unterschied drei systemerhaltende Funktionen des Kommunikationsprozesses: Erstens die Überwachung der Umwelt, zweitens die Korrelation der Reaktionen auf Umweltveränderungen und drittens die Überlieferung des gesellschaftlich-kulturellen Erbes.⁶ Wright fügte den Lasswellschen Funktionen noch die Unterhaltung hinzu und differenzierte die Funktionen in manifeste und latente sowie funktionale und dysfunktionale.⁷ Luhmann sah die Massenmedien als «Gedächtnis der Gesellschaft»⁸ Rühl wiederum definierte die Leistungen und Funktionen der Medien als Bereitstellung von Themen zur öffentlichen Kommunikation.⁹ Und Sacher betrachtete Publizität als Hauptfunktion der Massenmedien.¹⁰ Die Systemtheoretiker verstehen das Handlungssystem stets in Konfrontation zu einer komplexen, sich rasch verändernden Umwelt. Ein Teil der Probleme, die ein System löst, werden als Leistungen für die Umwelt erbracht und dienen so dem Gesellschaftsganzen. Diese Leistungen können für die Gesellschaft funktional oder dysfunktional sein.

-
- 6 LASSWELL, HAROLD D. (1960): The structure and function of communication in society, in: SCHRAMM, WILBUR (Hg.): *Communications*. Urbana: University of Illinois Press: 117–130.
- 7 WRIGHT, CHARLES R. (1960): Functional analysis and mass communication, in: *Public Opinion Quarterly* 24: 605–620.
- 8 LUHMANN, NIKLAS (1996): *Die Realität der Massenmedien*. Opladen: Westdeutscher Verlag: 179.
- 9 RÜHL, MANFRED (1980): *Journalismus und Gesellschaft. Bestandesaufnahme und Theorieentwurf*. Mainz: Hase & Koehler: 322–323.
- 10 SAXER, ULRICH (1987): Der gesellschaftliche Ort der Massenkommunikation, in: HAAS, HANNES (Hg.): *Mediensysteme. Struktur und Organisation der Massenmedien in den deutschsprachigen Demokratien*. Wien: Braumüller: 48–63.

Mehr zu den Funktionen der Medien im demokratischen Staat beitragen kann der demokratietheoretische Ansatz. JÜRGEN HABERMAS legte dar, was er unter kommunikativem Handeln versteht: die Beteiligung vieler am Diskurs und die allmähliche Überwindung subjektiver Differenzen.¹¹ Medienfunktionen wie Artikulation und Korrelation klingen da an. FRANZ RONNEBERGER hat es dann unternommen, ausgehend von demokratietheoretischen Überlegungen politische Funktionen der Massenmedien zu formulieren, nämlich erstens die Herstellung von Öffentlichkeit, zweitens die politische Sozialisation, drittens die Kritik und Kontrolle und viertes die politische Bildung. Die Kritik- und Kontrollfunktion, zu der er auch die Artikulationsfunktion rechnete, leitete er aus der Pressefreiheit ab.¹² ROLAND BURKART wiederum unterteilte die Medienfunktionen in soziale, politische und ökonomische und rechnete den politischen die Herstellung von Öffentlichkeit, die Artikulationsfunktion, die Korrelationsleistung, die politische Sozialisationsfunktion bzw. Bildungsfunktion sowie die Kritik- und Kontrollfunktion zu.¹³

Ausdifferenzierung der Funktionen

So können wir denn folgende politische Funktionen der Medien ausdifferenzieren¹⁴:

1. *Die Informationsfunktion*: Medien legen den Teppich der Nachrichten, sorgen für die Kenntnis der Chronik der Ereignisse. Ohne Informationsgrundlage sind die anderen Funktionen nichts wert, und Medien spielen für die Informationsvermittlung in einer Gesellschaft, in der der Klatsch im Treppenhaus, die Nach-

11 HABERMAS, JÜRGEN (1984): Erläuterungen zum Begriff des kommunikativen Handelns, in: HABERMAS, JÜRGEN (Hg.): Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt a. M.: Suhrkamp: 571–607.

12 RONNEBERGER, FRANZ (1974): Die politischen Funktionen der Massenkommunikation, in: LANGENBUCHER, WOLFGANG R. (Hg.): Zur Theorie der politischen Kommunikation. München: Piper: 193–205.

13 BURKART, ROLAND (1995): Kommunikationswissenschaft. Grundlagen und Problemfelder. Wien: Böhlau: 351 und 362–369.

14 BLUM, ROGER (1996): Das politische Publikum, in «Zoom Kommunikation & Medien» 8: 14–20.

richtenbörse im Dorfladen, das Gerücht und die mündliche Kommunikation nicht mehr die gleiche Bedeutung haben wie früher, eine zentrale Rolle. In der Schweiz informieren die Medien auch über Initiativen, Referenden, Abstimmungsvorlagen, Wahllisten und Parteiprogramme und üben so eine Funktion zugunsten der direkten Demokratie aus.

2. *Die Herstellung von Öffentlichkeit:* Medien stellen relevante Themen für den öffentlichen Diskurs bereit. Sie machen Sachverhalte öffentlich, die nicht veröffentlicht werden sollten, aber von öffentlichem Interesse sind. Sie beeinflussen die öffentliche Agenda und bestimmen mit, worüber das Publikum nachdenkt und diskutiert.
3. Die politische Sozialisationsfunktion: Medien vermitteln Werte des Denkens und erläutern Zusammenhänge, machen das Publikum mit neuen Phänomenen vertraut, diskutieren den Wandel. Es geht darum, auch die Auseinandersetzung mit Zeiterscheinungen wie Umweltzerstörung, Klimaveränderung, Tierseuchen oder Rechtsradikalismus zu befördern.
4. Die Integrationsfunktion: Medien können dazu beitragen, verschiedene Gruppen und Konkurrenten hinter gemeinsamen Zielen zu sammeln. Gerade in der Schweiz ist diese Funktion deutlich zu beobachten, bei der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) als Prinzip, bei vielen Printmedien als eine aus demokratischer Überzeugung selbst gestellte Aufgabe.
5. Die Korrelationsfunktion: Medien präsentieren Bewertungsvorschläge, tragen zur Meinungsbildung bei und stimmen so die Positionen der Redaktion und der Publikums fortwährend aufeinander ab, zumal Medien, deren Kommentare nie die Überzeugungen des Publikums treffen, rasch an Sukkurs verlieren.
6. Die Artikulationsfunktion: Medien vermitteln Fremdstimmen, bieten Foren und Plattformen an für Prominente und «Namenlose».

Sie vermitteln so immer wieder auch ein Bild von der Stimmung im Volk, das den Regierenden (und den wirtschaftlich Verantwortlichen) Anhaltspunkte gibt, wo die Leute der Schuh drückt.

7. Schliesslich die Kritik- und Kontrollfunktion: Medien überwachen die politischen Behörden im Namen des Publikums. Sie leiten aus der Pressefreiheit ab, dass Transparenz das oberste Gebot sei und dass es daher gilt, in alle Dunkelkammern hineinzuleuchten und Skandale zu enthüllen. Der Kritik- und Kontrollfunktion wird oft mit investigativem Journalismus nachgeholfen.

Mängel der Medien in der Schweiz

Wiederholte wissenschaftliche Untersuchungen haben allerdings gezeigt, dass in der Schweiz die Artikulationsfunktion und vor allem die Kritik- und Kontrollfunktion vernachlässigt wird, dass auch die Korrelationsfunktion nicht Urständ feiert. Dies hat auch damit zu tun, dass die Schweizer Medien an drei Mängeln leiden¹⁵:

Der erste Mangel betrifft die Ressourcen. Die Kleinräumigkeit des Landes und die Sprachenvielfalt hat dazu geführt, dass in der Schweiz kleine, ressourcenschwache Medien dominieren. Mangelnde Ressourcen lassen kaum Eigenleistungen zu. Von kleinen Medien sind daher weder Anstrengungen hin zu einer organisierten Debatte noch zu investigativen Recherchen zu erwarten.

Der zweite Mangel betrifft die Distanz. Die langanhaltende Verknüpfung zwischen Zeitungen und Parteien hat zu einer starken Politikverhaftung der Schweizer Medien geführt: Medienschaffende, die sich einem politischen Lager zurechnen, recherchieren nicht wirklich unabhängig.

15 Vgl. dazu MARR, MIRKO/WYSS, VINZENZ/ BLUM, ROGER/BONFADELLI, HEINZ: Journalisten in der Schweiz. Eigenschaften, Einstellungen, Einflüsse. Konstanz: UVK, S. 271–288.

Der dritte Mangel betrifft die Ausbildungssituation. Noch ist eine Fachausbildung für Medienschaffende nicht im ganzen Land obligatorisch. Der journalistische Berufsstand schliesst Inkompetente nicht aus. Kommentare, Eigenleistungen und investigative Recherchen aber setzen Übersicht und Wissen voraus. Dies gilt auch für die Kriminal- und Justizberichterstattung.

Im Vordergrund stehen folglich in der Schweiz jene Funktionen, in denen sich die Medien dem Staat gegenüber relativ brav verhalten. Ist daher die oft gehörte Behauptung, die Medien regierten in Wirklichkeit die Schweiz, falsch?

Vier Paradigmen zum Verhältnis Medien-Politik

Es gibt vier Paradigmen, die das Verhältnis zwischen Mediensystem und politisch-administrativem System beschreiben: Das Autonomie-Paradigma, das Paragdigma der Instrumentalisierung der Politik durch die Medien, das Paradigma der Instrumentalisierung der Medien durch die Politik und das Symbiose-Paradigma¹⁶:

- *Das Autonomie-Paradigma* geht davon aus, dass Mediensystem und politisches System selbständig sind und sich gegenseitig nicht beeinflussen. Die Medien thematisieren die Politik nach eigenen Regeln. Diese These überzeugt allerdings nur teilweise. Überzeugend ist, dass die beiden Systeme nach unterschiedlichen Gesetzen und mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten agieren. Für die Politik ist wichtig, was die Stadien des Gesetzgebungsprozesses durchläuft. Für die Medien aber sind die Etappen solcher Prozesse nur wichtig, wenn sie einen grossen Konflikt auslösen. Die Medien selektieren die Nachrichten nach Nachrichtenfaktoren. Solche Faktoren sind zum Beispiel Prominenz, Nähe, Betroffen-

16 Vgl. schön zusammengefasst bei TSCHOPP, COSIMA/DONGES PATRICK (1999): Politische Kommunikation, in: BONFADELLI, HEINZ/HÄTTENSCHWILER, WALTER (Hg.): Einführung in die Publizistikwissenschaft. Zürich: IPMZ Diskussionspunkt 27: 117–120.

heit, Konflikt, Kriminalität, Personalisierung. Der deutsche Kommunikationswissenschaftler Winfried Schulz hat 18 solcher Nachrichtenfaktoren identifiziert. Je mehr Faktoren in einer Nachricht enthalten sind, umso höher ist ihr Wert. Dies bedeutet, dassbrisante Themen mehr Chancen haben, in den Medien Eingang zu finden, dass sie aber zugleich oft blass eine Halbwertszeit von wenigen Tagen haben und die Medien sich längst anderen Fragen zugewandt haben, wenn das politische System immer noch um Lösungen ringt. Insofern sind das politische System und das Mediensystem schon sehr verschieden. Aber die These überzeugt wenig, wenn sie behauptet, dass sich die beiden Systeme nicht füreinander interessieren und keine Notiz voneinander nehmen.

- *Das Paradigma der Instrumentalisierung des Staates durch die Medien* wird von seinen Anhängern damit begründet, dass die Medien mittlerweile Funktionen der Parteien übernommen haben, der Politik Themen und Kandidaten aufzwingen und die Spielregeln für den Auftritt politischer Akteure bestimmen. So konnten Politiker schon im amerikanischen Wahlkampf von 1992 im Schnitt nur noch Statements von 9,8 Sekunden abgeben. Präsident George Bush senior sagte daher mediengerecht immer wieder den kurzen Satz: «Read my lips: No more taxes». Die Medien geben in der Tat den Rahmen vor – zum Beispiel mit der Dauer eines Radiointerviews, mit dem Format der «Arena»-Sendung, mit dem Platz, der in einer Zeitung zur Verfügung steht. Aber die Kunst der politischen Akteure ist es, erstens sich durch Qualität und Glaubwürdigkeit für die Medien interessant zu machen, zweitens den vorgegebenen Rahmen intelligent zu füllen und drittens die Medienbühne nicht mit der wirklichen politischen Bühne zu verwechseln. Die Medien sind nur dann stark, wenn die Politik schwach ist. Die Medien haben ihre grosse Stunde immer dann, wenn Regierung und Parlament nicht handeln, ratlos sind, sich die Traktandenliste diktieren lassen. Nehmen aber die politischen Akteure das Heft in die Hand, dann sind sie nicht von den Medien abhängig. In der Kopp-Affäre, in der Fichen-Affäre, in

der Bellasi-Affäre, im Konflikt um die nachrichtenlosen Vermögen, als die Behörden im Nebel herumstocherten und nicht wussten, was tun, hatten die Medien ihre grosse Stunde. Als aber der Bundesrat beispielsweise 1998 die Solidaritätsstiftung ankündigte, hatte er die Medien sofort auf seiner Seite.

- *Das Paradigma der Instrumentalisierung der Medien durch die Politik* wird von seinen Verfechtern damit erklärt, dass die politischen Akteure heute einen starken Einfluss auf die Medien hätten, vor allem durch Ereignis-Management, «Pseudoereignisse» und PR-Steuerung. Die These berücksichtigt, dass die politischen Akteure längst Wege gefunden haben, um die Medien für sich zu interessieren oder das Publikum an den Medienschaffenden vorbei zu erreichen. Ein Meister dieser Strategie ist beispielweise Christoph Blocher, der mit den Albisgüetli-Tagungen oder den Auns-Versammlungen Medienereignisse schafft und mit Inseraten, Plakaten und Videos sowie per Internet die Leute direkt erreicht. Doch auch diese These überzeugt nicht recht: Die Medienschaffenden wissen PR-Gags sehr wohl von echten Informationen zu unterscheiden. Sie beobachten sehr genau, wie politische Parteien, Bundesämter und andere politische Akteure Event-Marketing betreiben, wie sie die Medien ans Gängelband zu nehmen trachten. Medienleute durchschauen und beschreiben das und entlarven es. Darum sind die Medien in der Schweiz nicht wirklich schwach.
- *Das Symbiose-Paradigma* schliesslich geht davon aus, dass Medien und Politik aufeinander angewiesen sind und für einander Leistungen erbringen. Es ist der Tausch von Information gegen Publizität. Daraus entsteht dann ein symbiotisches «Supersystem». Es funktioniert so, dass – wie ULRICH SAXER sagt – die politischen und die journalistischen Akteure auf der Vorderbühne sich befehden und auf der Hinterbühne kungeln¹⁷. Ob in Washingt-

17 SAXER, ULRICH (1995): Politische Elite und Medienelite. Das schweizerische Bundeshaus als Beispiel, in: ARMINGEON, KLAUS/BLUM, ROGER (Hg.): Das öffentliche Theater. Politik und Medien in der Demokratie. Bern: Haupt:131–15.

ton oder Paris, in Berlin oder Bern: Politische und journalistische Akteure schenken sich in ihren offiziellen Rollen nichts, aber man kennt sich, trifft sich, duzt sich. Diese These leuchtet am meisten ein, denn sie zeigt, dass zwei nach autonomen Regeln funktionierende, mit je eigenen Machtmitteln ausgestattete Systeme aufeinander angewiesen sind und sich gegenseitig in Schach halten, aber auch sich gegenseitig nützen. Das Machtmittel der Medien ist die Herstellung von Öffentlichkeit. Das Machtmittel der Politik ist die rechtsverbindliche Entscheidung. Die politischen Akteure können ohne Medien keine Öffentlichkeit herstellen. Und die Medienschaffenden können nichts rechtsverbindlich entscheiden. So ist also die Macht ganz schön geteilt.